

kleine schriften

36



Stiftung
Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

**100. Jahrestag der Wahl
Friedrich Eberts
zum Reichspräsidenten**

Matinee des Bundespräsidenten
am 11. Februar 2019

Dokumentation der Reden

Heidelberg 2019



KA
2020
278

Dokumentation der Reden, die im Rahmen der Matinee des Bundespräsidenten im Schloss Bellevue in Berlin am 11. Februar 2019 anlässlich des 100. Jahrestages der Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten durch die in Weimar tagende Nationalversammlung gehalten wurden.

Abbildung Umschlag: Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte
Abbildungen Innenteil: Achim Melde, Berlin

(Kleine Schriften / Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte: Nr. 36)

Die Stiftung wird gefördert aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

u

© 2019 Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte
Untere Straße 27
D – 69117 Heidelberg

Tel.: (06221) 91 07 0
Fax.: (06221) 91 07 10
Internet: <http://www.ebert-gedenkstaette.de>
E-Mail: friedrich@ebert-gedenkstaette.de

Redaktion: Walter Mühlhausen
Realisation: Ingo Preuß | Ladenburg | PreussType.com

ISSN 0940-4201
ISBN 978-3-928880-55-8

Inhalt

Vorwort 7

Rede von Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** 11

Dankesworte des Vorsitzenden des Kuratoriums der
Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte
Bürgermeister a. D. **Henning Scherf** 19

Jörn Leonhard (Universität Freiburg)
Die belagerte Republik und die Würde der Demokratie:
Friedrich Ebert und das 20. Jahrhundert der Deutschen 25



Die belagerte Republik und die Würde der Demokratie: Friedrich Ebert und das 20. Jahrhundert der Deutschen

Jörn Leonhard

War sie das nun also, die neue Republik? Wie stellte sie sich dar? Wie würde sie das Vakuum der Institutionen und Gefühle ausfüllen können, das in Deutschland im dramatischen Herbst 1918 aus dem Weltkriegsende, der Kriegsniederlage und der Revolution entstanden war? Die Urteile der Zeitgenossen fielen denkbar unterschiedlich aus. In seinem Tagebuch vom 12. Februar 1919 vermerkte Thomas Mann: „Die National-Versammlung ist eröffnet. Ebert zum Reichspräsidenten gewählt. Seine Ansprache sympathisch, endend in ein stehend u. begeistert aufgenommenes Hoch auf Vaterland und Volk. Mutet doch an wie ein erster Gehversuch nach dem Kollaps, wie Wiederkehr von Würde u. Selbstgefühl.“¹

Der Flaneur par excellence des Kaiserreichs, Harry Graf Kessler, dagegen notierte am 11. Februar 1919 mit unverhohlener Skepsis: „Ebert ist heute von der Nationalversammlung zum Reichspräsidenten gewählt worden. Ein gekrönter Sattlermeister; solide, sympathisch und tüchtig, ob politisch fruchtbar, zum mindesten fraglich. Ein großer Schädel, dick und schwer, der keine Seitensprünge machen wird; insofern besser als Wilhelm II. Aber ich fürchte, noch kein Cromwell.“²

1 Thomas Mann, Eintrag vom 12. Februar 1919, in: Ders.: Tagebücher 1918–1924, hg. von Peter de Mendelssohn, Frankfurt/M. 1979, S. 149; Anmerkungen beziehen sich nur auf den Nachweis der Primärzitate. Auf eine ausführliche Zitation der Sekundärliteratur wird verzichtet.

2 Harry Graf Kessler, Eintrag vom 11. Februar 1919, in: Ders.: Das Tagebuch, Bd. 7: 1919–1923, hg. von Angela Reinthal, Stuttgart 2007, S. 131–133, hier S. 133.

Der Theologe Ernst Troeltsch, der als „Spectator“ in Berlin die dramatischen Umbrüche seit November 1918 beobachtete, blickte tiefer, über den Tag und die Person hinaus. Zwei Monate nach der Wahl Friedrich Eberts, im Mai 1919, konstatierte er als sichtbarstes Kennzeichen der neuen Republik ihre Schwunglosigkeit und die so sehr beschränkten Handlungsspielräume: „Die Behandlung der außen- und innenpolitischen Fragen durch Regierung und Parlament, vor allem das Auftreten des Parlaments selbst, hat viele enttäuscht. Ein sehr großer geistiger Zug ist beiden sicherlich nicht nachzurühmen. Aber wo soll der in der Kümmerlichkeit der ganzen Lage, wo jeder Fuß breit Ordnung erst in unendlicher Kleinarbeit erstritten werden muss und wo die Männer der Interessen der kleinen Leute mit den in der Gewerkschaftsarbeit erprobten Mitteln an die großen Weltfragen und allgemeinsten Lebensfragen herangehen müssen, herkommen?“ Die führende Intelligenz sei durch Obstruktion gekennzeichnet, Beamte stellten sich allein auf den „Boden der Tatsachen“, zum Teil auch in Widerstandshaltung. Die Massen seien enttäuscht, da sie nur Papiergeld in Mengen, doch keine Gütermengen sähen. Für alle Probleme werde die Demokratie als neue Staatsform verantwortlich gemacht: „Es ist ein allgemeiner Ansturm der Enttäuschten, der Ideologen und der Restaurationsmänner gegen die Demokratie, die man anfangs so hoch zu preisen wusste.“ So komme es zur „Verwerfung der öden und geistlosen ‚Formaldemokratie‘“, bei der man den „großen Schwung“ und die „großen Ideen, die grundsätzliche Neuheit, die Kraft und Größe der Herrschgesinnung“ vermisste.³

Angesichts der tiefen Erschütterung und tiefen Verunsicherung,

³ Ernst Troeltsch: Der Ansturm gegen die Demokratie (Mai 1919), in: Ders.: Kritische Gesamtausgabe, Bd. 14: Spectator-Briefe und Berliner Briefe (1919–1924), hg. von Gangolf Hübinger, Berlin 2014, S. 93–98, hier S. 94.

die die Deutschen seit dem Herbst 1918 erfasst hatte und die den Zusammentritt der Verfassungsgebenden Nationalversammlung und die Wahl Friedrich Eberts zum ersten Reichspräsidenten grundierte, bedeuteten der 6. und der 11. Februar 1919 vor allem eine erste Stabilisierung der neuen Republik in einer äußerst kritischen Situation. Denn während in Paris ohne Beteiligung der Unterlegenen seit Januar 1919 die Friedenskonferenz tagte, von der der territoriale Bestand und die politische wie wirtschaftliche Zukunft der neuen Republik wesentlich abhängen sollten, schien in Deutschland die Gefahr eines Bürgerkrieges virulent, von den Konsequenzen des Krieges wie der anhaltenden Blockade, der Lebensmittelkrise und der Demobilisierung Hunderttausender Soldaten ganz zu schweigen.

Für den Mann, der an diesem 11. Februar 1919 im Mittelpunkt stand, bedeutete dieser Tag den Höhepunkt eines außergewöhnlichen Lebensweges vom sozialdemokratischen Parteiarbeiter zum republikanischen Staatsoberhaupt. Dass Friedrich Ebert 1871 geboren war, also genau im Jahr der Gründung des kleindeutschen Nationalstaates aus dem Geist eines Krieges, gibt dieser Biographie eine exemplarische Dimension, so als spiegelten sich darin die dynamischen Aufbrüche der Deutschen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, ihr Fortschrittsempfinden und ihre Zukunftserwartung, genauso wie die katastrophalen Umbrüche seit dem Sommer 1914. Wer die Leistungen und Widersprüche des Politikers Friedrich Ebert verstehen will, muss diesen langen Weg zum 11. Februar 1919 nachvollziehen.

In Heidelberg als Sohn eines katholischen Schneidermeisters und einer evangelischen Landwirtstochter geboren, begann Ebert nach der Volksschule eine Sattlerlehre. Über einen Verwandten in Mannheim in Kontakt zur illegalen sozialistischen Bewegung ge-

langt, machte er zunächst Karriere als Gewerkschaftsfunktionär in seinem eigenen Gewerbe. Von den Behörden im Zeichen der Sozialistengesetze immer wieder argwöhnisch beobachtet, sah sich Ebert gezwungen, immer wieder umzuziehen. In Bremen arbeitete er als Sattler, gründete eine Genossenschaftsbäckerei und betrieb schließlich mit seiner Frau Louise eine Schankwirtschaft. Mit seiner Wahl zum örtlichen Parteivorsitzenden 1894 und Vorsitzenden der Bürgerschaftsfraktion fasste er in der SPD Fuß und zählte aufgrund seiner Erfolge als ungemein effizienter Organisator und seines Einsatzes als Arbeitersekretär um 1900 zur ersten Reihe der zweiten Generation professioneller Parteifunktionäre, die nach dem Ende der Sozialistengesetze den Aufstieg der SPD zur Massenpartei wesentlich ermöglichten.

Dabei stützte sich Ebert zunächst nicht auf ein Reichstagsmandat, sondern profitierte von den persönlichen Netzwerken und seinen Funktionen innerhalb der Partei. Erst 1912 gelangte er für den Wahlkreis Elberfeld-Barmen in den Reichstag. Nach dem Tod August Bebels wurde er neben Hugo Haase 1913 zum Parteivorsitzenden gewählt, um einer im Umbruch befindlichen Partei als Anker zu dienen. Als stärkste Fraktion im Berliner Reichstag spiegelte die SPD auch die Erwartung wieder, das Kaiserreich könne sich in seiner besonderen Modernität jenseits des autokratischen Militär- und Obrigkeitsstaates, als global erfolgreiche Industriegesellschaft, als Rechts-, Sozial- und Bildungsstaat evolutionär weiterentwickeln. Mit ihrem hart erarbeiteten Gewicht im Parlament und in der Öffentlichkeit hatte die Partei Friedrich Eberts vor diesem Hintergrund politisches Kapital zu verlieren.

Doch das war nur die eine Seite. Denn der Ausbruch des Weltkrieges im Sommer 1914, in dessen Verlauf zwei Söhne Eberts fallen sollten, beleuchtete schlaglichtartig das nach wie vor spannungsge-

ladene Verhältnis zwischen der Partei August Bebels und dem wilhelminischen Staat wie auch die Differenzen innerhalb der Partei. Ebert, von der Nachricht im Urlaub überrascht, reiste nach Zürich, weil man mit dem Verbot der Partei rechnete und für diesen Fall eine Auslandsleitung aufgebaut werden sollte. Während Hugo Haase die Bewilligung der Kriegskredite ablehnte, setzte sich Ebert nach seiner Rückkehr nach Berlin für sie ein. Im Augenblick der Not lasse die SPD das eigene Vaterland nicht im Stich. Nachdem Haase den Fraktionsvorsitz als Folge dieses Konflikts niedergelegt hatte, übernahm Ebert zusammen mit Philipp Scheidemann die Führung im Reichstag. Für ihn war der Krieg ein nationaler Verteidigungskampf gegen die Aggression des russischen Zarenreichs, dessen Regime den Industriearbeitern mit brutaler Repression begegnete.

Nicht zuletzt bot die Beteiligung der SPD die Chance, ihre gelungene Integration in den Nationalstaat zu dokumentieren und aus der patriotischen Kriegsleistung langfristig politisches Kapital zu bilden und für die weitere Umgestaltung von Staat und Gesellschaft zu nutzen. Dazu passte die parlamentarische Stärke der SPD als Errungenschaft im Kaiserreich mit seinem demokratischen Männerwahlrecht auf Reichsebene. Die in dieser Vorstellungswelt sozialisierten Parteiarbeiter setzten nicht auf die marxistische Revolution von unten, sondern die schrittweise Umgestaltung, die Anerkennung der Gewerkschaften, die Ausweitung des Wahlrechts, die Ausgestaltung politischer und sozialer Partizipation sowie den Wandel von der konstitutionellen zur parlamentarischen Monarchie.

Spätestens seit dem Krisenjahr 1917 kam Ebert eine Schlüsselrolle zu. Angesichts der Erschöpfung der Bündnispartner wie der deutschen Heimatfront forderten die Abgeordneten der SPD im Reichstag am 27. Juni, die Reichsregierung müsse auf alle expan-

sionistischen Kriegsziele verzichten und eine konsequente Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts angehen. Anfang Juli kritisierten wichtige Vertreter der SPD-Fraktion und des katholischen Zentrums, vor allem Friedrich Ebert und Matthias Erzberger, im Hauptausschuss des Parlaments die Entscheidung für den unbeschränkten U-Boot-Krieg, weil man dabei die Gefahr eines amerikanischen Kriegseintritts sträflich unterschätzt habe. Am 6. Juli 1917 wurde aus den Reihen der SPD, der Links- und Nationalliberalen sowie der Zentrumspartei der Interfraktionelle Ausschuss gebildet, während sich bereits im Frühjahr 1917 die Spaltung innerhalb der Linken durch die formale Loslösung der Unabhängigen SPD (USPD) verfestigt hatte. Ihre Abgeordneten waren bereits 1916 über den Konflikt über die Kreditbewilligung aus der Partei ausgeschlossen worden und hatten sich zunächst in einer „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ organisiert.

Die Etablierung des Interfraktionellen Ausschusses, mitten im Krieg und vor dem Hintergrund einer sich zuspitzenden Vertrauenskrise zwischen Reichstagsmehrheit und Monarchie, markierte eine Wegscheide des deutschen Parlamentarismus. Hier deutete sich bereits der Übergang von der konstitutionellen zur parlamentarischen Monarchie an, auf die zumal Ebert hinarbeitete. Die bis 1914 nicht erreichte Parlamentarisierung der Monarchie wurde ab jetzt durch die immer drängendere Kriegslage forciert. Sie setzte also nicht erst mit den Oktoberreformen von 1918 ein, die den Reichskanzler auch formell vom Vertrauen des Reichstags abhängig machten. Vielmehr wurde das Koalitionsgremium des Interfraktionellen Ausschusses zur parlamentarischen Voraussetzung dieser Verfassungsumgestaltung. Über die Kanzlerkrise 1917 und die tastenden Versuche einer parlamentarischen Regierungsweise verwies dieses Gremium auch auf die Weimarer Reichsverfassung, die ohne diese Vorbereitung nicht denkbar gewesen wäre.

Eine Streikwelle in den großen kriegswichtigen Industrien im

Januar 1918 bedeutete eine weitere innenpolitische Verschärfung. Die Streiks waren einerseits Ausdruck der anhaltenden Versorgungskrise vor allem in den Großstädten und Industriezentren, aber im Gegensatz zu früheren Demonstrationen existierten nun mit der Revolution der Bolschewiki im Oktober 1917 und den Friedenskonzepten des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, den Vierzehn Punkten vom Januar 1918, mögliche Alternativen. An den Streiks waren unter anderem der 1916 in Berlin gegründete pazifistische Spartakusbund als Nachfolger der Gruppe Internationale sowie die USPD beteiligt. Auch Friedrich Ebert saß als Vertreter in einem der Streikkomitees. Die Protestbewegung im Januar und Februar bildete einen entscheidenden Vorwand dafür, dass von Politikern der extremen Rechten und der Nationalisten, etwa in der Deutschen Vaterlandspartei, immer vehementer der Vorwurf erhoben wurde, die Linken und die SPD verrieten das tapfer kämpfende Heer – die erste Variante der späteren Dolchstoßlegende. Hier gerieten Ebert und seine Partei in jene doppelte Frontstellung, die die Weimarer Republik und ihren ersten Präsidenten fortan begleiten sollte: Wurden sie von rechts des Verrats an der kämpfenden Nation im Krieg bezichtigt, so sahen die Anhänger der extremen Linken in der Fortsetzung des Krieges einen Verrat an den Interessen des Proletariats und seiner revolutionären Sendung – ein Vorwurf, der angesichts des Revolutionsvorbilds der russischen Bolschewiki umso größeres Gewicht erhielt.

Als sich im Herbst 1918 die militärische Niederlage des Deutschen Kaiserreichs abzuzeichnen begann, erkannte Ebert, dass sich seine Partei auf eine krisenhafte Situation einstellen und Verantwortung übernehmen müsse. Schon jetzt, Ende September 1918, und angesichts einer zunehmend antimonarchischen Stimmung, reagierte Ebert mit großer Konsequenz auf die Erosion der politi-

schen Autorität. Dabei schwor er die SPD darauf ein, sich auf die bürgerlichen Parteien zu konzentrieren und eine Wiederholung der bolschewikischen Revolution in Deutschland unter allen Umständen zu verhindern: „Wollen wir jetzt keine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung, dann müssen wir die Dinge laufen lassen, dann greifen wir zur revolutionären Taktik, stellen uns auf die eigenen Füße und überlassen das Schicksal der Partei der Revolution. Wer die Dinge in Russland erlebt hat, der kann im Interesse des Proletariats nicht wünschen, dass eine solche Entwicklung bei uns eintritt. Wir müssen uns im Gegenteil in die Bresche werfen, wir müssen sehen, ob wir genug Einfluss bekommen, unsere Forderungen durchzusetzen und, wenn es möglich ist, sie mit der Rettung des Landes zu verbinden, dann ist es unsere verdammt Pflicht und Schuldigkeit, das zu tun.“⁴

Diese Haltung bestimmte Eberts Position seit dem November 1918. Als er am 9. November angesichts der von den Arbeiter- und Soldatenräten getragenen Massenbewegung eine neue Regierung forderte, die das Vertrauen des Volkes besitzen müsse, erklärte er sich zur Übernahme der politischen Verantwortung bereit und übernahm von Max von Baden das Amt. Ebert betonte zugleich, auf der Basis der im Oktober reformierten Reichsverfassung regieren zu wollen, was nicht auf eine Republik, sondern auf eine parlamentarische Monarchie und die Berufung eines Regenten hinausgelaufen wäre. Entsprechend stimmten die Vertreter der MSPD baldigen

4 Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion. Montag, den 23. September 1918, im Reichstagsgebäude zu Berlin, als Manuskript gedruckt in: Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, Zweiter Teil, bearbeitet von Erich Matthias und Eberhard Piskart, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe: Von der konstitutionellen Monarchie bis zur parlamentarischen Republik, Bd. 3/II, Düsseldorf 1966, S. 419–460, hier S. 442.

Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung zu. Sie dachten nicht an einen revolutionären Übergang zu einer Republik oder gar eine soziale Revolution, sondern an eine Notstandsregierung mit temporär gewährten außerordentlichen Vollmachten. Diese Regierung sollte aus einer Koalition aus MSPD, Zentrum und Linksliberalen, ergänzt um die USPD, gebildet werden.

Die Proklamation der Republik durch Philipp Scheidemann von einem Balkon des Reichstages war vor diesem Hintergrund so jedenfalls nicht geplant, sondern ausgelöst von der Ankündigung der extremen Linken um Karl Liebknecht, eine eigene sozialistische Republik auszurufen. Die doppelte Proklamation spiegelte die durch den Krieg verursachte Spaltung der Linken wider – und sie zwang die MSPD in dieser kritischen Situation, ihr ursprüngliches Projekt, eine sozialistisch-bürgerliche Kabinettsregierung, aufzugeben und den sich anbahnenden Konflikt, den „Bruderkrieg“ innerhalb der Linken, zu verhindern. Die Konsequenz war die Bildung des Rats der Volksbeauftragten aus Führern der MSPD und der USPD unter Eberts Vorsitz. Ebert und mit ihm die Führung der Sozialdemokratie fühlten sich von der Drohung einer deutschen Oktoberrevolution nach dem Muster der russischen Bolschewiki existenziell herausgefordert. Die Reaktion darauf waren die frühen Kompromisse mit Militär, Bürokratie und Arbeitgebern und eine Praxis der antirevolutionären Eindämmung. Das stabilisierte zwar die neue Republik, aber es bereitete auch das Terrain der Gegenrevolution und enttäuschte viele Linke bitter.

Hier wurde exemplarisch die eigentümliche Dialektik der deutschen Revolution wie auch des Verhaltens von Ebert erkennbar. Sie spitzte den Konflikt zwischen dem Reformprogramm der Sozialdemokraten und den revolutionären Zielen der radikalen Linken zu. Dabei kam der Mehrheitssozialdemokratie zunächst eine sehr

starke Position zu, zugleich jedoch agierten Ebert und Scheidemann auf einem denkbar schmalen Grat, der außen- wie innenpolitisch sehr begrenzt war: von einem drohenden Bürgerkrieg, der laufenden Demobilisierung hunderttausender Soldaten, dem drohenden Chaos durch Separatismus und Zerfall der territorialen Integrität des Staates. Sie fanden sich bald mit den Ansprüchen der Siegermächte konfrontiert und in Deutschland bedrängt von der radikalen Linken und enttäuschten Nationalisten, verbitterten Monarchisten und demobilisierten Offizieren. Erschienen Ebert und Scheidemann in den Augen dieser Gruppen als Verkörperung des „Dolchstoßes“ und der Demütigung der Nation, so sahen die extremen Linken sie als „Arbeiterverschleicher“ an, die der Gegenrevolution den Weg bereiteten.

Obwohl die sozialistischen Forderungen der Friedens- und Protestbewegung kaum ausformuliert waren, standen sie, wie etwa die Sozialisierung von Schlüsselindustrien oder die politische Kontrolle des Militärs, im Gegensatz zum betont nüchternen, auf Liquidierung des Krieges ausgerichteten Pragmatismus der MSPD-Funktionäre, die Friedrich Ebert verkörperte. Vor diesem Hintergrund verfolgte Friedrich Ebert eine dreifache Strategie: erstens die Bildung des Rats der Volksbeauftragten zusammen mit der USPD, den die Arbeiter- und Soldatenräte akzeptierten, zweitens die erwähnte Praxis weitgehender Kompromisse gegenüber dem Militär im Ebert-Groener-Pakt vom 10. November sowie gegenüber der Bürokratie, der Diplomatie und den Arbeitgebern.

In dem seit Oktober verhandelten und wegen der Revolution erst am 15. November 1918 verabschiedeten Zentralarbeitsgemeinschaftsabkommen zwischen den Führungen der Großindustrie und der Gewerkschaften unter ihren Repräsentanten Hugo Stinnes und Carl Legien wurden Grundzüge einer korporatistischen, also einer

auf Beteiligung von Gewerkschaften und Arbeitnehmern hin orientierten Sozialverfassung, und der Achtstundentag festgeschrieben. Während es den Führern der Gewerkschaften gelang, als offizielle Vertreter der Arbeiter anerkannt zu werden, konnten die Unternehmer mit dem Abkommen großangelegte Sozialisierungen in der deutschen Industrie verhindern und eine kapitalistische Eigentumsstruktur erhalten. Dazu kam drittens der Primat einer möglichst baldigen Verfassungsgebung durch eine gewählte Nationalversammlung.

Der am 16. Dezember 1918 in Berlin zusammentretende Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte bestätigte Eberts Kurs und ermöglichte die Wahlen zu einer Verfassunggebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919. Ebert bekannte sich dabei ausdrücklich zur Rolle seiner Partei, zur Eindämmung der Gewalt und der evolutionären Ausgestaltung der neuen Republik auf der Grundlage einer Verfassung. Der demokratische Volksstaat als Gehäuse für Freiheit und Recht erschien als Basis für die innere Befriedung und die äußere Stabilisierung des Landes: „Gewaltherrschaft hat uns ins Verderben gestürzt; nun dulden wir keinerlei Gewaltherrschaft mehr, komme sie, von wem sie wolle. Je eher wir dazu gelangen, unsern deutschen Volksstaat auf feste Rechtsgrundlagen des Willens der ganzen Nation zu stellen, um so eher wird die deutsche Volksrepublik gesund und stark, um so eher kann sie an die Erfüllung ihrer großen sozialistischen Ziele herangehen. Das siegreiche Proletariat richtet keine Klassenherrschaft auf. Es überwindet zunächst politisch, dann wirtschaftlich die alte Klassenherrschaft und stellt die Gleichheit alles dessen her, was Menschenantlitz trägt. Das ist der große ideale Gedanke der Demokratie. Wer ihn ganz und restlos in sich aufgenommen hat, kann den dauernden Frieden erringen, kann ein vollgültiges Mitglied der Familie der freien Völ-

ker werden.“⁵ Das war ein Zukunftsmodell für Deutschland: innen- und gesellschaftspolitisch wie außenpolitisch.

Doch aus dem Übergang vom Krieg zum Frieden und von der Monarchie zur Republik resultierten auch enorme Widersprüche, Glaubwürdigkeitsdefizite und Krisenmomente, die mit der Person Eberts verknüpft wurden. Schon die Position der SPD-Führung zum Zusammenhang von Revolution und Kriegsende war zunächst nicht völlig widerspruchsfrei. Friedrich Eberts Ansprache anlässlich der Heimkehr der deutschen Truppen in Berlin gipfelte in der Aussage: „Kein Feind hat Euch überwunden! Erst als die Übermacht der Gegner an Menschen und Material immer drückender wurde, haben wir den Kampf aufgegeben.“⁶ Der oft zitierte erste Satz dieser Willkommensbotschaft las sich wie eine indirekte Bestätigung der Dolchstoßlegende, obgleich der zweite Teil diese Interpretation bereits korrigierte.

Die zweite Problematik betraf die enge, zuweilen fast arglos anmutende Zusammenarbeit mit den militärischen Eliten, auf die Ebert im Augenblick der Krise glaubte nicht verzichten zu können – doch schuf dieses Verhalten die Basis für ein Militär, das sich später als „Staat im Staate“ begriff. Das schloss seit November 1918 auch eine indulgente Haltung gegenüber den paramilitärischen Verbänden der Freikorps ein, auf die man in Krisenmomenten oder wahrgenommenen Notwehrsituationen zurückgriff, um Angriffe von links abzuwehren. In der blutigen Niederschlagung des Spartakus-Aufstandes im Januar 1919, mit dem die radikale Linke das Zeichen

5 Friedrich Eberts Rede auf dem Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember 1918, in: Ders.: Schriften, Aufzeichnungen, Reden, hg. von Friedrich Ebert jun., Dresden 1926, S. 137–140, hier: S. 139.

6 Friedrich Eberts Ansprache an die heimkehrenden Truppen am Brandenburger Tor vom 10. Dezember 1918, in: ebd., S. 127.

für eine deutsche Oktoberrevolution geben wollte, eskalierte diese nicht kontrollierte Gewalt der Paramilitärs im politischen Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die Spaltung der Linken erhielt dadurch eine neue, emotionale Wucht.

Das dritte Problem verwies auf eine fundamentale Fehleinschätzung. Seit dem Notenwechsel zwischen deutschen und amerikanischen Diplomaten im Oktober 1918 setzten die führenden SPD-Politiker auf einen vom amerikanischen Präsidenten Wilson bestimmten Frieden, den man mit einer neuartigen internationalen Rechtsordnung im Rahmen des künftigen Völkerbunds, nationaler Selbstbestimmung und einem friedlichen Konfliktausgleich verband. Aufgrund der von Deutschland mit den Oktoberreformen und der Abdankung des Kaisers erbrachten Vorleistungen glaubte Friedrich Ebert auf diesen Frieden Anspruch erheben zu können – ohne die Rolle des Kaiserreichs vor 1914 und in der Julikrise kritisch zu reflektieren. Ebert verließ dieser Haltung bei der Eröffnung der im Januar 1919 neu gewählten Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 6. Februar 1919 Ausdruck, indem er den „Wilson-Frieden“ zur Grundlage für eine faire Behandlung Deutschlands nach dem Neuanfang erklärte: „Im Vertrauen auf die Grundsätze des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Jetzt gebe man uns den Wilson-Frieden, auf den wir Anspruch haben.“⁷

Dieser besondere Zusammenhang zwischen der äußeren und der inneren Krise bestimmte die Verhandlungen der Nationalversammlung in Weimar. Ebert bekannte sich in seiner programmatischen Eröffnungsrede zur Revolution vom November 1918, die durch die Verfassungsgebung zugleich in die Bahnen einer reprä-

7 Friedrich Eberts Rede zur Eröffnung der Nationalversammlung am 6. Februar 1919, in: Ders., Reden als Reichspräsident (1919–1925), hg. von Walter Mühlhausen, Bonn 2017, S. 59–69, hier S. 63.

sentativen Demokratie überführt werden sollte: „Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution. Die wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen“, die der „höchste und einzige Souverän in Deutschland“ sei. Mit seiner Rede zog Ebert zugleich eine Bilanz der letzten drei Monate und verteidigte die revolutionär durchgesetzte Volkssouveränität: „In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft.“ Mit den „alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden“ sei es nun „für immer vorbei“. Keinen Zweifel ließ er an der Niederlage Deutschlands und wies die Dolchstoßlegende, mit der Paul von Hindenburg und Generalfeldmarschall August von Mackensen die militärische Verantwortung für die Niederlage ablehnten und sie auf die angeblich defätistische, von links unterwanderte Heimatfront absobten, jetzt entschieden zurück: „Wir haben den Krieg verloren [...] Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution [...] Es war die Kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben.“⁸

Bekanntete sich Ebert am Anfang seiner Rede zur Parlamentarisierung und den „unaufschiebbaren Veränderungen auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet“, endete er mit einem Appell, der zum Ort des Deutschen Nationaltheaters in Weimar passte und Deutschland auf eine nationalkulturelle Integration verpflichtete,

8 Eberts Rede zur Eröffnung der Nationalversammlung; ebd., S. 59–61.



um die Belastungen der Vergangenheit zu überwinden: „Die alten Grundlagen der deutschen Machtstellung“ seien „für immer zerbrochen“, und „so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. Es charakterisiert durchaus die nur auf äußeren Glanz gestellte Zeit der wilhelminischen Aera [sic!] das Lassallesche Wort, dass die klassischen deutschen Denker und Dichter nur im Kranichzug über sie hinweggeflogen seien. Jetzt muss der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen. Wir müssen die großen Gesellschaftsprobleme in dem Geist behandeln, in dem Goethe sie im zweiten Teil des ‚Faust‘ und in ‚Wilhelm Meisters Lehrjahre‘ behandelt hat.“⁹

Doch der bildungsbürgerlich anmutende Verweis auf das Erbe

9 Ebd., S. 60 und S. 68–69.

der Nationalkultur stand in einem eigenartigen Kontrast zur Situation der Republik in diesem Moment. Die in Weimar versammelten Abgeordneten setzten darauf, die Republik trotz der belastenden Situation durch die Ausarbeitung einer Verfassung zu stabilisieren, obwohl man zu diesem Zeitpunkt die Bedingungen noch gar nicht absehen konnte, die sich für die Republik aus dem künftigen Friedensvertrag ergeben würden. Dass dies in Weimar gelang, stellte eine enorme Leistung dar.

Hier, in Weimar, zeigte sich ein entscheidender Grundzug Eberts, der auch sein Amtsverständnis als Reichspräsident seit Februar 1919 prägen sollte. Weil er den Gedanken der Ordnung auf der Basis von Verfassung, Rechtsstaat und demokratischen Verfahren mit der Idee der sozialen Emanzipation und der Freiheit verknüpfte, weil er „Recht und Freiheit“ als „Zwillingsgeschwestern“ ansah, legte er so besonderen Wert auf die Stellung der Grundrechte in der Verfassung.¹⁰ Ihre Verankerung in der Verfassung stellte eine neue Qualität dar.

Im Blick auf die Kompetenzen des Reichspräsidenten und die Stellung des Amtes im Verfassungsgefüge wurde dagegen eine Kontinuität zum Kaiserreich besonders deutlich. Denn der ausgesprochene Dualismus zwischen Staatsoberhaupt und Parlament setzte sich im Modus der Republik fort, während Kanzler und Regierung nahe an das Staatsoberhaupt gerückt wurden. Friedrich Ebert verstand sich aufgrund der präsidentialen Befugnisse bei der Regierungsbildung, der Parlamentsauflösung und dem Notverordnungsrecht als eigentliches Zentrum der Regierungsgewalt – was zunächst durch die informellen Beziehungen zu den Ministern der SPD kaum Probleme

¹⁰ Friedrich Eberts Rede nach der Wahl zum Reichspräsidenten am 11. Februar 1919, in: ebd., S. 70–73, hier S. 72.

aufwarf, wohl aber bei nachfolgenden Kanzlern aus bürgerlichen Parteien. Als es nach den Reichstagswahlen 1920 zur Bildung einer ersten Regierung ohne Beteiligung der SPD kam, zeichnete sich eine neue Konstellation ab. Die zunehmende Polarisierung an den politischen Rändern rückte den Reichspräsidenten und seine Reservemacht ins Zentrum. Weil mit dem Reichspräsidenten eine Alternative zu handlungsfähigen Mehrheiten im Reichstag existierte, nahm langfristig die Bereitschaft der Parteien ab, tragfähige Kompromisse zu suchen.

In den Krisen nach 1919 – vom Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920 über die kommunistischen Aufstandsversuche im Rahmen der Märzaktion 1921 bis zum Krisenjahr 1923 mit Ruhrbesetzung, Hyperinflation, Separatismus und Hitler-Putsch – bewies Ebert einerseits, dass die Verfassung dem Reichspräsidenten die Mittel gab, die Republik zu verteidigen. Andererseits setzte sich in diesen Krisen seine Neigung fort, militärischen Beratern allzu unkritisch zu folgen und ihnen damit einen großen Handlungsspielraum zuzugestehen. Sein durch nichts gerechtfertigtes Vertrauen in den Chef des Heeresleitung, Hans von Seeckt, dem er 1923 angesichts des kommunistischen Aufstands in Mitteldeutschland und des Hitler-Putsches die Kommandogewalt über die Reichswehr übertrug, ebnete den Weg zu einem Sonderstatus des Militärs als politisch unkontrolliertes Organ; eben als „Staat im Staate“. Hier setzte sich die Praxis nach dem November 1918 bis in den Herbst 1923 fort.

Eberts häufiger Rückgriff auf die Notverordnungsmacht – allein 1923 waren es 42 Verordnungen – rettete die Republik in den Krisen bis 1923, aber der Preis dafür war hoch. Die erheblichen Gefahren, die Eberts Weggefährte, der preußische Ministerpräsident Otto Braun, klarsichtig erkannte, verdrängte Ebert. Denn das präsidentiale Notverordnungsrecht rückte das Parlament in den Hintergrund und

entließ die Parteien in gewisser Weise aus ihrer Verantwortung zur Gestaltung auf der Basis tragfähiger Kompromisse.

Weit über seinen Einsatz zur Verteidigung der Republik in den Krisen nach 1919 hinaus versuchte Friedrich Ebert in seinem Amt immer wieder, ganz eigene Akzente zu setzen. Außenpolitisch warnte er klarsichtig vor den Folgen einer deutsch-sowjetischen Annäherung, die 1922 zum Vertrag von Rapallo führte, zugleich aber das Misstrauen der Westmächte provozierte und wenige Monate später mit der Ruhrbesetzung den Krieg mit anderen Mitteln fortsetzte.

Zugleich bemühte er sich um die Vermittlung der demokratischen Errungenschaften von Freiheit und Recht, um einen eigenen Stil der Republik, der sich immer wieder auf die Verfassung bezog. Nach Artikel 148 erhielt jeder Schüler und jede Schülerin in Deutschland nach dem Ende der Schulzeit ein Exemplar des Verfassungstextes. Auch die jährlichen Verfassungsfeiern und die Entscheidung, das Deutschlandlied im August 1922 zur Nationalhymne zu machen, standen in diesem Zusammenhang. Ebert trat als Staatsoberhaupt betont bescheiden und vor allem zivil auf, als Bürgerpräsident. Und er suchte die demonstrative Nähe zu den Repräsentanten moderner deutscher Kultur, seien es Gerhard Hauptmann, Thomas Mann, Emil Jannings oder Henny Porten. Sein Besuch in Köln im Mai 1924 und sein demonstrativer Auftritt mit dem Oberbürgermeister der Stadt, Konrad Adenauer, betonten nicht nur die Zugehörigkeit des Rheinlandes zu Deutschland, sondern ebenso die wiedergewonnene weltwirtschaftliche Stellung, die die Kölner Messe symbolisieren sollte.

Der bewusste Verzicht auf Pathos und Pose, die öffentliche Zurücknahme der eigenen Person, ließ aber auch eine emotional-identifikatorische Lücke in der Öffentlichkeit der deutschen Nachkriegsgesellschaft entstehen. Denn gegen die Versuche, der demo-

kratischen Republik einen neuen zurückhaltenden Stil zu vermitteln, stand eine ganz andere Grundtendenz der Zeit nach 1919, nämlich eine auf Ebert und andere Repräsentanten des Staates projizierte Republikfeindschaft und eine Ablehnung des Parlamentarismus. Sie ging mit zahllosen politischen Morden einher und ließ die Militarisierung ideologischer Konflikte im öffentlichen Raum erahnen.

Diese Tendenz war direkt mit der Macht der Bilder verknüpft, die zur Praxis der Massendemokratie im Zeitalter der Massenmedien gehörte und für die Ebert kaum ein Gespür entwickelte – ganz anders als etwa Paul von Hindenburg mit der von ihm bewusst gepflegten Bildsprache des „Siegens von Tannenberg“ und des scheinbar über den Parteien stehenden „Retters der Nation“ aus aller Not. Ein Foto, das Friedrich Ebert im Sommer 1919 neben Reichswehrminister Gustav Noske in Badehosen zeigte, löste eine erbitterte Polemik gegen das Führungspersonal der Republik aus. Auf einer bald kursierenden Postkarte waren die beiden Politiker schließlich zusammen mit Wilhelm II. und Hindenburg abgebildet, die beide Paradeuniformen trugen, so dass Ebert der Lächerlichkeit preisgegeben wurde. Die radikale Linke griff ihrerseits auf das Foto zurück und zeigte Ebert und Noske in Badehose nicht in der Ostsee, sondern in einem Meer von Blut – eine Fortführung der These vom angeblich gewaltsamen Verrat der SPD-Führung an der Revolution.

Auch der frühe Tod des Reichspräsidenten am 28. Februar 1925, die wohl wichtigste Zäsur der Weimarer Republik, stand im Zusammenhang dieser schleichenden Vergiftung des öffentlichen Raums, die direkt auf das Staatsoberhaupt zielte und die Verfassungskultur wie die politische Kommunikation enorm belastete. Schon vor 1925 hatte es Versuche deutschnationaler Politiker und Journalisten des Presseimperiums von Alfred Hugenberg gegeben, Ebert in den Finanzskandal von Julius Barmat hineinzuziehen, dem man großan-

gelegten Betrug nachzuweisen suchte. Immer wieder wurde Ebert von den radikalen Rechten als „Erfüllungspolitiker“ stigmatisiert, der Deutschland durch die Annahme des Friedensvertrags von Versailles angeblich den Siegern ausgeliefert habe. Als Matthias Erzberger am 26. August 1921 und Walther Rathenau ein Jahr später am 24. Juni 1922 Terrorattentaten zum Opfer fielen, verlor die Republik bereits zwei ihrer prägenden Persönlichkeiten.

Die offiziellen Porträtfotos Eberts zwischen 1919 und 1925 geben einen Eindruck von der physischen Erschöpfung, die von diesen permanenten Konflikten ausging. Nur ganz wenige Aufnahmen erlauben es, sich den entspannten, jovialen Zeitgenossen vorzustellen, der Friedrich Ebert auch war.

Im Laufe des Jahres 1924 sah sich der Reichspräsident in einen Beleidigungsprozess verwickelt, in dem ein Magdeburger Schöffengericht die Aussage, er habe während des Januarstreiks 1918 Landesverrat begangen, als strafrechtlich zutreffend bezeichnete – was die republikfeindliche Haltung weiter Teile der Justiz entlarvte. Wie später Gustav Stresemann ignorierte Ebert körperliche Warnzeichen einer fortschreitenden Blinddarmentzündung, weil er glaubte, in den politischen Konflikten der Republik persönlich präsent bleiben zu müssen.

Die Reaktionen auf den Tod Eberts unterstrichen, was schon nach der Ermordung Walther Rathenaus offenkundig gewesen war: Die Republik konnte Hunderttausende mobilisieren – sie war nicht von vornherein eine Republik ohne Republikaner. Und doch traten auch die tiefen Verbitterungen als Erbe des Weltkriegsendes und der Revolution hervor. Während die völkischen Rechten und Deutschnationalen Ebert mit dem Dolchstoß identifizierten, rief der Abgeordnete Hermann Remmele für die Kommunisten noch dem toten Reichspräsidenten nach, er sei „mit dem Fluch des deutschen

Proletariats ins Grab gegangen“.¹¹ Nach dem von Ebert verantworteten Vorgehen gegen die kommunistischen Aufstände hatte ihn sein eigener Gewerkschaftsverband ausgeschlossen. Jetzt, nach dem Tod des Reichspräsidenten, wies der „Vorwärts“ darauf hin, dass das überparteiliche Amt Ebert dem normalen Getriebe der Partei entfremdet habe, zumal er allenfalls noch bei offiziellen Anlässen auf die Volksmassen getroffen sei. Dennoch überwog der Stolz auf die durch ihn erwiesene Fähigkeit der Arbeiterpartei, die politische Verantwortung zu übernehmen: „Nach den großen Theoretikern und den großen Agitatoren war Ebert der erste große ‚Staatsmann‘ der deutschen Arbeiterbewegung. Das forderte eine ganz neue Art des Verständnisses. Indem die Arbeiterklasse sie mehr und mehr gewann, legte sie Zeugnis ab für ihre wachsende Reife. Sie ehrt sich selbst, wenn sie Friedrich Ebert ehrt.“¹²

Nimmt man diese Aussagen zusammen, dann waren die Spaltung der Linken und der politische Klassenkompromiss zwischen SPD und bürgerlichen Parteien eine Voraussetzung für die glaubwürdige Stabilisierung der Republik, für die Eröffnung der Nationalversammlung am 6. Februar 1919 und die Wahl des ersten Reichspräsidenten fünf Tage später. Aber diese Konstellation spiegelte eben auch die Widersprüche wider, die mit Eberts Kurs verbunden waren. Und dieser Zwiespalt sollte sich fortsetzen. Während Theodor Heuss Ebert zum „Abraham Lincoln“ der deutschen Geschichte stilisierte, tat sich die SPD der jungen Bundesrepublik noch schwer mit Friedrich Ebert, der neben den positiven Identifikationsfiguren August Bebel und Otto Wels näher an die von vielen als problema-

11 Protokoll der Reichstagssitzung vom 9. März 1925, in: Verhandlungen des Reichstags, III. Wahlperiode, Bd. 384, Berlin 1925, S. 940.

12 „Vorwärts“ Nr. 101 vom 28. Februar 1925, S. 2.

tisch empfundene Figur Gustav Noske zu rücken schien.¹³ Es sollte dauern, bis sich dieses Bild nuancierte. Der Riss innerhalb der Linken und die Spaltung der Nation nach 1945 setzte sich selbst in der Familie Eberts fort: Während Karl Ebert im Westen blieb, unterstützte Friedrich Ebert Junior die erzwungene Vereinigung von SPD und KPD und amtierte bis 1967 als Oberbürgermeister im Roten Rathaus von Ost-Berlin.

Blickt man noch einmal auf den Februar 1925, so gab erst der Tod Eberts vielen Deutschen eine Ahnung davon, welcher außerordentlichen Leistung es bedurfte, die Republik zu verteidigen und ihr als glaubwürdiges ziviles Staatsoberhaupt vorzustehen. Zugleich setzte Eberts Präsidentschaft entscheidende Maßstäbe, was die Verteidigung der demokratischen Republik bedeutete: Denn man muss kein Sympathisant der Geschichte im Konjunktiv sein, um zu erkennen, warum 1925 das wichtigste Scharnierjahr der Weimarer Republik wurde. Ob Friedrich Ebert, der um seine fehlende Legitimation durch eine direkte Volkswahl wusste und schon 1922 auf eine solche gedrängt hatte, hätte gewinnen können, wissen wir nicht. Aber wäre er auf weitere sieben Jahre in seinem Amt bestätigt worden, hätte er die Widerstandskräfte der Republik ganz anders mobilisiert – so wie er das in den Krisenmomenten 1922/23 getan hatte. Es kam nicht allein auf den Text der Verfassung an, sondern mehr noch, wer mit welcher Autorität bereit war, die Demokratie durch die Verfassung wehrhaft zu repräsentieren. Weder die Auflösung des Reichstags in einer entscheidenden Krisensituation 1930, noch die Indulgenz gegenüber der Militarisierung der Konflikte zwischen den radikalen Polen rechts und links auf den Straßen der

13 Theodor Heuss: Die großen Reden. Der Staatsmann, Tübingen 1965, S. 108–119, hier S. 118.

Republik wären in dieser Weise mit Friedrich Ebert denkbar gewesen, weder der Übergang zur konstitutionellen Selbstblockade durch die Präsidialkabinette, noch die Blockadehaltung gegenüber Koalitionsbildungen aus der Mitte des Parlaments unter Beteiligung der SPD.

Im Februar 1919 hatte Thomas Mann anlässlich der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten von der „Wiederkehr von Würde u[nd] Selbstgefühl“ gesprochen.¹⁴ In seiner großen Rede „Von deutscher Republik“ warnte Mann die Deutschen 1922 davor, die Republik ihren Gegnern zu überlassen, denen man vielmehr mit gutem Selbstbewusstsein entgegentreten müsse. Die Republikaner, so Mann, täten gut daran, den Monarchisten den nationalen Wind aus den Segeln zu nehmen, ihnen nicht die Hoheit über die Symbole der Nation zu überlassen und die demokratische Republik so als unpatriotische Leerstelle erscheinen zu lassen, als bloßen seelenlosen Nachlassverwalter einer heroischen Nationalgeschichte mit monarchischer Spitze. Deshalb lobte Mann die Entscheidung Friedrich Eberts, das Deutschlandlied zur Nationalhymne der Republik zu machen: Damit habe er den „Völkischen das ‚Deutschland über alles‘ aus dem Munde“ genommen und erklärt, „es sei gar nicht ihr Lied, es sei mindestens ebenso sehr das seine und nunmehr stimme er es an aus gewölbter Brust“.¹⁵

Friedrich Ebert, so Thomas Mann 1922, sei „ein grundangenehmer Mann, bescheiden-würdig, nicht ohne Schalkheit, gelassen und menschlich fest.“ Er habe ihn beobachtet, nicht in der Uniform, sondern im schwarzen Rock einer bürgerlichen Republik, ein Begabter

14 Mann, Tagebücher 1918–1924, S. 149.

15 Thomas Mann: Von deutscher Republik. Gerhart Hauptmann zum sechzigsten Geburtstag, in: Ders., Große Frankfurter Ausgabe. Werke – Briefe – Tagebücher, Bd. 15/1: Essays II 1914–1926, hg. von Hermann Kurzke, S. 514–559, hier S. 530.

und ein Glückskind, „ein Bürger unter Bürgern“ als Präsident, so ganz anders als die vergangene Staatsspitze in der Person Kaiser Wilhelms II. So warb er dafür, dass „Demokratie etwas Deutscheres sein kann als imperiale Gala-Oper“. Denn der Stil der persönlichen Monarchie Wilhelms habe nie das ganze Deutschland repräsentiert und immer habe man gehofft, dass man „zwischen Deutschland und seiner Repräsentation“ unterscheide. Die neue Republik setzte für Mann einen ganz anderen Akzent. Denn in allem Jammer über die inneren und äußeren Bedingungen nach der Niederlage und einem hochproblematischen Friedensvertrag scheine darin die „Möglichkeit einer Harmonie“ auf, so als sei die Republik der Deutschen nur ein anderer Name für die „Einheit von Staat und Kultur“. ¹⁶ Genau hier erkannte Mann, der Autor der „Betrachtungen eines Unpolitischen“ und fürwahr kein Republikaner und Demokrat der ersten Stunde, eine entscheidende Brücke zur Republik, die er fortan vehement verteidigen sollte.

* * *

In der Erinnerung an den ersten Reichspräsidenten der ersten deutschen Demokratie ehrt sich die deutsche Republik selbst – genau das verbindet den Februar 1919 mit dem Mai 1949 und dem Februar 2019. Diese Erinnerung ist undenkbar ohne den Blick auf eine weiter zurückreichende Demokratiegeschichte, auf Aufbrüche und Krisen, Errungenschaften und Hypotheken, Belastungen und Konflikte, Leistungen und Aporien, sei es nach 1832, nach 1848/49, nach 1918/19 oder nach 1989/90. Zu dieser Erinnerung gehört es, der scheinbar so zwingenden Logik des Rückblicks aus der Pers-

¹⁶ Ebd., S. 530–532.

pektive des Januar 1933 auf den Februar 1919 die prinzipielle Offenheit der historischen Situation entgegenzusetzen, ihre vergangene Zukunft als Gestaltbarkeit zu verstehen, ohne die Belastungen zu verschweigen. Der Blick auf Friedrich Ebert, seine Leistungen, Grenzen und Widersprüche, warnt uns vor einer Logik, die aus dem Blick auf die Konsequenzen den Zeitgenossen von einst ihre vergangene Zukunft nimmt und ihr Handeln an Kriterien misst, die sich erst aus dem Wissen nachfolgender Generationen ergeben.

Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie wäre unvollständig ohne das permanente Ringen um ihren Erhalt, ohne die großen, immer wieder krisenhaften Momenten abgerungenen konstitutionellen, politischen, sozialen und kulturellen Errungenschaften nach 1918 – auch das gehört zur deutschen Moderne des 20. Jahrhunderts. All das geht nicht in einer einseitigen Niedergangsgeschichte oder gar einem von vornherein determinierten Scheitern der Weimarer Demokratie auf. Genau zu dieser Demokratiegeschichte gehört die in Friedrich Ebert exemplarisch verkörperte Legitimität und Zivilität der Republik von Weimar, gehört das unablässige Bemühen darum, gegen alle Widerstände, selbstbewusst, nüchtern und trotzig, Vertrauen in Repräsentanten, Institutionen und Verfahren des demokratischen Staates herzustellen, der Republik ein Gehäuse, einen Raum, eine Heimat zu geben.

Wenn wir uns an Friedrich Ebert in diesem Sinne erinnern, dann ehren wir im Bewusstsein der Herausforderungen und Handlungsbedingungen auch den Stil der Republik als Ausdruck für die Würde der Demokratie.

Ehren wir also die Republik, und ehren wir diese Republik!